



**Arbeitsgruppe Anerkennung –  
gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V.  
(AGA)**

---

27. April 2013

An die  
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

11044 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

jährlich gedenken am 24. April Armenier und aramäischsprachige Christen in aller Welt der genozidalen Vernichtung ihrer Vorfahren unter osmanisch-türkischer Herrschaft während des Ersten Weltkrieges. Die massenhafte Festnahme der geistigen und geistlichen armenischen Elite in der osmanischen Hauptstadt Konstantinopel am 24. bis 26. April 1915 markiert den Beginn der staatlich geplanten und durchgeführten Vernichtung von 1,5 Millionen Armeniern osmanischer Staatszugehörigkeit. Bereits in den Vorjahren 1912-1914 fielen Hunderttausende griechisch-orthodoxer sowie nestorianischer (ostsyrischer) Christen staatlich angeordneter Deportationen bzw. Todesmärschen zum Opfer.

Die Vernichtung der armenischen Bevölkerung war Bestandteil des übergreifenden bevölkerungspolitischen Bestrebens der politischen Führung des Osmanischen Reiches, durch Islamisierung und Monoethnisierung den zerfallenden Staat zu stabilisieren. Insgesamt starben über drei Millionen indigene Christen Kleinasiens bzw. des Armenischen Hochlandes und Nordmesopotamiens bei Massakern, Todesmärschen sowie Zwangsarbeit.

Zahlreiche der heute in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Armenier und Nachfahren von Pontos- und kleinasiatischen Griechen sowie fast sämtliche Aramäer/Assyrer stammen von Überlebenden dieser Verbrechen am Beginn des 20. Jahrhunderts ab. In zwei Jahren werden sie das 100. Gedenken an die Vernichtung ihrer Vorfahren und die Entwurzelung aus ihrer Heimat begehen. In Vorbereitung dieses Ereignisses hat unsere Menschenrechtsorganisation gemeinsam mit der türkischen initiative DurDe sowie drei bundes- bzw. europaweiten Verbänden der Armenier, Aramäer und Pontosgriechen wie auch den beiden in Berlin ansässigen armenischen Gemeinden am heutigen Tag einen erinnerungspolitischen Mahngang NIE WIEDER! GEGEN GENOZID

---

**ARBEITSGRUPPE ANERKENNUNG - GEGEN GENOZID,  
FÜR VÖLKERVERSTÄNDIGUNG e.V.**

**Postfach 41 10 24, 12120 Berlin, Tel.:** +49 / (030) 851 64 09, **Fax:** +49 / (030) 851 79 74

**Internet:** <http://www.aga-online.org>

**E-Mail:** [info@aga-online.org](mailto:info@aga-online.org)

UND MINDERHEITENDISKRIMINIERUNG durchgeführt. Er begann an der türkischen Botschaft Berlins, wo wir dem Außenminister der Republik Türkei einen Appell überreichten, und endet vor dem Bundeskanzleramt. Dazwischen besuchten die Teilnehmer die Gedenkstätten der in Europa während des Zweiten Weltkrieges vernichteten Juden sowie Sinti und Roma.

Als wichtigster Militärverbündeter des Osmanischen Reiches trägt Deutschland eine Mitverantwortung für die Vernichtung der osmanischen Christen, wenn auch nicht als Urheber, so doch als umfassend informierter, allerdings weitgehend untätiger Mitwisser und Nutznießer (z.B. von Zwangsarbeit und Bankeinlagen). Zu dieser Mitverantwortung hat sich der Bundestag zwar in einer nicht-legislativen Resolution vom 16.06.2005 deutlich bekannt, wick aber zugleich ebenso deutlich einer juristisch verbindlichen Qualifizierung der „Massaker und Deportationen“ als Genozid aus.

Gemeinsam appellieren deshalb die unterzeichnenden Organisationen heute an Sie:

- **Setzen Sie sich bitte persönlich dafür ein, dass der Deutsche Bundestag die Halbherzigkeit seines Beschlusses von 2005 revidiert und spätestens einhundert Jahre *post factum* zu einer qualifizierten Beurteilung der an den osmanischen Christen verübten Verbrechen gelangt.** Dabei ist besonders der rechtshistorische Umstand zu würdigen, dass diese Verbrechen neben dem Holocaust die empirische Grundlage für die Genozid-Definition der UN Völkermord-Konvention (1948) bilden.
- In der Bundesrepublik geborene oder hier aufwachsende türkeistämmige Schüler und Erwachsene besitzen **das Recht auf umfassende, objektive Geschichtsinformationen. Lassen Sie bitte nicht die in der Türkei bedauerlicherweise noch immer vorherrschende Leugnung der historischen Tatsachen zu und setzen Sie sich dafür ein, dass Informationen über den osmanischen Genozid zum festen Bestandteil schulischen Geschichtsunterrichts bzw. der Information über Genozid werden!**
- **Die gezielte öffentliche Leugnung von Völkermord und die Verunglimpfung der Opfer als angebliche Verräter sollte unter Strafe gestellt werden,** wie es die unterzeichnenden Organisationen bereits in ihrer Petition von 2008 für eine Erweiterung von Artikel 130b (StGB; „Volkshetze“) vorgeschlagen haben.
- **Unterstützen Sie als Regierungsoberhaupt bitte die in der Bundesrepublik ansässigen Gemeinschaften der Armenier, Aramäer/Assyrer und Pontosgriechen bei der Errichtung von öffentlichen Gedenkstätten in Städten mit historischem oder aktuellem Bezug zur armenisch-deutschen-osmanischen Geschichte oder mit großen Gemeinden aus den genannten Volksgruppen.**

Wir würden uns freuen, falls Sie je zwei VertreterInnen der unterzeichnenden Verbände und Vereine zu einem Gespräch über die Umsetzung der vier oben genannten Bitten empfangen könnten.

Gleichlautende Appelle werden wir in diesem Wahljahr demnächst auch an die im Bundestag vertretenen Parteien richten und von den Antworten unsere Wahlempfehlung für die Bundestagswahlen abhängig machen.

Wir freuen uns auf Ihre zeitnahe Antwort und verbleiben

mit Hochachtung

**(in alphabetischer Folge): Arbeitsgruppe Anerkennung (AGA) e.V. - Armenische Gemeinde zu Berlin e.V. - Armenischer Kirchen- und Kulturverein Berlin e.V. - Assyrische Demokratische Organisation, Sektion Mitteleuropa e.V. - Bundesverband der Aramäer in Deutschland e.V. - DurDe-Initiative Deutschland - Verband der Vereine der Griechen aus Pontos in Europa e.V. (OSEPE)**